

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Millionen

Mittwoch

23. Juli 1924

Verlag und Anzeigenabteilung. Geschäftszeit 9-5 Uhr.

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

Deutschnationale Rückzugskanonade.

Nicht einmal der Kampf gegen die Schuldlüge ist ihnen ernst!

Die gesamte Haltung der Deutschnationalen in den letzten Wochen hat in steigendem Maße den verdächtigen Eindruck hervorgerufen, daß ihr Kampf gegen das Sachverständigenurteil längst nicht mehr aufrichtig war und daß man nur noch einerseits auf die Zugeständnisse bedacht war, für die man seine Stimmen im Reichstag sich erkaufen lassen würde und andererseits die Form und die Formel suchte, unter denen man vor seinen Wählern und vor den Deutschvölkischen den endgültigen Umfall rechtfertigen würde. Hätte nämlich die deutschnationale Fraktion den Kampf gegen das „zweite Versailles“ ernsthaft führen wollen, dann hätte man dies mit ganz anderen Mitteln und mit viel größeren Wirkungen tun können, als es tatsächlich geschehen ist. In Wirklichkeit haben die Deutschnationalen der Reichsregierung stillschweigend freie Hand für die Fortführung ihrer geschweberischen Arbeiten und diplomatischen Schritte gelassen, um so eifriger aber die innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen der späteren Bürgerblockregierung vorbereitet.

Die in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten „sieben Punkte“ der deutschnationalen Reichstagsfraktion bestätigen nur den vom alldeutschen Justizrat Claß ausgesprochenen Verdacht, daß der „Kampf“ der Tirpitz, Hertig und Westarp gegen das Dawes-Gutachten gar nicht ernst gemeint sei. Allgemein wird in politischen, insbesondere in amtlichen Kreisen der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß diese „sieben Punkte“ nur eine plumpe Rückzugskanonade darstellen. Fünf von diesen sieben Punkten sind ja sowieso Voraussetzungen, deren Annahme aus den bisherigen Ergebnissen der Londoner Konferenz bereits mehr oder weniger gesichert erscheint. Bei dem Punkte allerdings, der die Amnestierung aller Gefangenen und Ausgewiesenen des Ruhrkampfes fordert, ist eine sofortige Vereinbarung mit der Entente in diesem Sinne, wenigstens zurzeit, leider kaum zu erhoffen, aber wegen ein paar Ausnahmen werden

die Deutschnationalen sicher nicht ihre ganze Politik auf den Kopf stellen und die Bürgerblockpläne nebst gewinnbringenden Agrarrollen gefährden.

Am eigenartigsten wirkt der siebente Punkt, nämlich der von den Deutschnationalen geforderte feierliche Widerruf des Artikels 231 des Versailler Vertrages (Schuldlüge) durch die Reichsregierung. Die Deutschnationalen und überhaupt jedes Kind in Deutschland wissen sehr genau, daß, wenn Herr Stresemann nach London mit der Erklärung käme, er unterschreibe zwar das Protokoll über das Inkrafttreten des Dawes-Gutachtens, müsse aber gleichzeitig den Artikel 231 des Versailler Vertrages „in aller Form widerrufen“, er in aller Form und in weitem Bogen aus dem Konferenzsaal hinausgeschmissen werden würde.

Was bezwecken also die Deutschnationalen mit diesem siebenten Punkt? Werden sie sich lediglich damit begnügen, daß bei der Noetatdebatte im Reichstag am kommenden Freitag in der von ihnen angeleiteten Schuldlügendebatte eine ebenso unzeitgemäße wie oberflächliche und törichte Erklärung von der Reichsregierung abgegeben wird, sonst aber, insbesondere im Versailler Vertrag, alles beim alten bleibt? Oder bestehen sie darauf, daß eine offizielle Notifizierung der Reichsregierung an die Entente erfolgen soll, wonach sie den Artikel 231 nicht mehr anerkenne, und werden die Deutschnationalen im Reichstag für das Dawes-Gutachten nur dann stimmen, wenn dieser katastrophale Schritt erfolgt? Die letztere Annahme ist höchst unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist im Gegenteil, daß der siebente Punkt der Deutschnationalen nur Blendwerk für ihre Wähler und für die deutschvölkische Konkurrenz darstellt und daß irgendeine Form schon gefunden werden wird, in der man diesen siebenten Punkt preisgibt. Damit wird allerdings nur bewiesen, daß den Deutschnationalen überhaupt nichts ernst ist, weder der Kampf gegen das „zweite Versailles“, noch sogar der Protest gegen die „Schuldlüge“!

Das wirtschaftliche Räumungsprogramm.

Paris, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterkommission der 2. Kommission hat sich am Dienstag endgültig über das Programm der wirtschaftlichen Räumung der besetzten Gebiete geeinigt. Der ausgearbeitete Entwurf wird wie folgt dargestellt:

1. Die deutsche Regierung soll die zur Durchführung des Dawes-Planes erforderlichen Gesetze vor dem 15. August vorabstellen und verkünden.
2. Bis zum 1. Oktober sollen alle von der Reparationskommission in dem Beschluß vom 15. Juni als Kriterium für die Durchführung des Sachverständigengutachtens gestellten Bedingungen erfüllt sein.
3. Nach Verabschiedung der Gesetze durch Deutschland werden von belgisch-französischer Seite die Zollstrafen, die Ein- und Ausfuhrsteuern, die Beschränkungen des Handelsverkehrs zwischen belgischem und belgischem Gebiet und die Kohlensteuer aufgehoben. In der Zwischenzeit bis zur völligen Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit werden alle Steuern und Abgaben nach den deutschen Gesetzen und Tarifen erhoben und die von den belgisch-französischen Behörden veranschlagten Beträge in eine Spezialkasse abgeführt, um auf die erste Annuität in Anrechnung gebracht zu werden.
4. Am 1. Oktober soll die Meuse sowie die französisch-belgische Eisenbahnregie aufhören. Von den letzteren soll der Betrieb und die Verwaltung der Eisenbahn direkt auf die nach dem Dawes-Plan zu errichtende Eisenbahngesellschaft übertragen werden.
5. Eine Kommission mit schiedsrichterlichen Vollmachten soll über alle Meinungsverschiedenheiten, zu denen die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen Anlaß geben könnte, entscheiden.
6. Beide Parteien sollen sich zu Maßnahmen der Amnestie und der allgemeinen Vergebung verpflichten.

Ungeklärt ist dagegen noch immer die Frage der Kontrolle der strategisch wichtigen Eisenbahnen. Aus den von den Pariser Blättern gegen die englischen Sachverständigen erhobenen Kritiken geht hervor, daß deren Gutachten den französischen Vorschlägen wenig günstig gewesen sein muß. Da die militärischen Sachverständigen sich auch am Dienstag nicht einig zu werden vermochten, nimmt man an, daß die Frage am Mittwoch von den allierten Ministerpräsidenten endgültig entschieden wird.

Drei Kompromißformeln zum Bankier-Einspruch.

Paris, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldungen aus London lassen voraussehen, daß man sich am Mittwoch nach der Beginn der für Nachmittag anberaumten Vollsitzung der Konferenz in der durch die Intervention der Bankiers neu aufgeworfenen Frage der Feststellung deutscher Verfehlungen auf ein Kompromiß einigen wird. Es lagen dafür nicht weniger als drei Vorschläge vor. Nach dem ersten Vorschlag, der den belgischen Ministerpräsidenten zum Verfasser hat, soll ein fünfköpfiges Komitee ernannt werden, dessen Mitglieder einen der beiden Sachverständigenausschüsse Dawes oder Mac-Kenna angehört haben sollten, und auf dieses Komitee entweder die der Reparationskommission zustehenden Befugnisse für deutsche Verfehlungen direkt übertragen oder es aber zum mindesten gutachtlich zu Rate gezogen werden von der Reparationskommission, ehe sie selbst darüber entscheidet.

Diese Formel hatte jedoch weder bei den alliierten Regierungen noch bei den Bankiers Erfolg und ist infolgedessen von Theunis wie

folgt abgeändert worden: Die Konferenz selbst sieht in ihrem Schlussprotokoll ein ebenfalls aus fünf an der Ausarbeitung des Dawes-Planes beteiligt gewesenem Sachverständigen bestehendes Komitee ein, dem von den alliierten Regierungen die Entscheidung über die in Anwendung zu bringenden Sanktionen überlassen werden soll, wenn die Reparationskommission, sei es allein oder nach Befragung des in dem ersten Vorschlag erwähnten Komitees das Vorhandensein einer deutschen Verfehlung festgestellt haben sollte.

Ein dritter, aus den Kreisen der amerikanischen Delegation stammender Vorschlag sieht vor, daß die Reparationskommission von jeder Entscheidung über deutsche Verfehlungen das nach dem Sachverständigengutachten einzusetzende Komitee für die Ueberweisungen zu Rate ziehen muß. Nach den in Paris vorliegenden Informationen ist es wahrscheinlich, daß die Konferenz dem abgeänderten belgischen Vorschlag den Vorzug geben wird, der der Entscheidung über eventuelle Sanktionen jeden politischen Charakter nimmt.

Paris, 23. Juli. (W.D.) Nach dem Sonderberichterstatter der Agentur Havas in London wird in der Sitzung der Delegationsführer heute vormittag auch die Entscheidung in der hochpolitischen Frage fallen, ob die vorgestern von den englischen und amerikanischen Bankiers bekundete Gegnerschaft gegen jede Isolation Aktion einer alliierten Macht gegen Deutschland berückichtigt werden soll oder nicht. Nach Auffassung der Bankiers zögen derartige Sanktionen den Kredit Deutschlands und dementsprechend auch die Interessen der Geldgeber in Mitleidenschaft. Man könnte sicher sein, sagt der Berichterstatter hinzu, daß Herrriot darauf dringen werde, daß die Handlungsfreiheit Frankreichs unverfehrt bleibe.

Die Tagesordnung der heutigen Vollsitzung.

London, 23. Juli. (W.D.) Heute nachmittag wird die zweite Vollsitzung der interalliierten Konferenz stattfinden. Die drei Ausschüsse werden der Konferenz ihre Berichte erstatten. Die Hauptpunkte sind die Frage der Sanktionen und des Verzugs Deutschlands, Räumung des Ruhrgebietes und die vorgeschlagene Anleihe für Deutschland.

„Exzellenz“ plagt.

Zum Aufsahrerbank-Skandal.

Die Korrespondenz Sochaczewski verbreitet folgende Nachricht: „Exzellenz“ Freiherr v. d. Goltz, der im Prozeß gegen den Geschäftsführer des Aufsahrerbank, Aufsaher, genannt und vom „Vorwärts“ als „Schurke“ bezeichnet wurde, weil er eine Lantime von angeblich (!) 32000 Mark erhalten habe, hat durch seinen Rechtsbeistand, Dr. Besche, Berlin, Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen Beleidigung gestellt. Freiherr v. d. Goltz will den Beweis dafür antreten, daß er mit den Verfehlungen des Aufsahrer nichts zu tun hat (!), daß die Lantime aus einer besonderen G. m. b. H. aus im Heeresinteresse (!) geschlossenen Geschäften geflossen ist, und daß ihm kein Vorwurf ehrenrühriger Art (!) gemacht werden könne.“

Wir müssen gestehen, daß wir diesen Prozeß, zu dem sich danach Se. Exzellenz, der kaiserliche kommandierende General der Infanterie a. D., Freiherr v. d. Goltz entschlossen hat, mit dem denkbar größten Vergnügen entgegensehen. Die Verhandlungen vor Gericht werden Gelegenheit geben, in ein dunkles Kapitel „aus großer Zeit“ hineinzuleuchten.

Kapital und Presse.

Die Zeitungsunternehmer als „Herren im Hause“.

Zwei Tagungen wichtiger Berufsgruppen, die vor kurzem zu gleicher Zeit, aber an weit voneinander entfernten Orten stattfanden, sind in der Öffentlichkeit bisher so ziemlich unbeachtet geblieben, trotzdem ihre Verhandlungen nicht nur den engsten Berufskreis, sondern in hervorragendem Maße jedermann im Volke interessieren sollten. Es handelt sich um die Hauptversammlung des „Verbands deutscher Zeitungsverleger“, die in Stuttgart tagte, und um den „Reichsverband der deutschen Presse“, die Berufsvereinigung der Redakteure, der seine Jahresversammlung am anderen Ende des Reichs, in Königsberg, abhielt. Auf beiden Kongressen bildete den wichtigsten Gegenstand der Beratung das Verhältnis der Redakteure zum Unternehmer, der verantwortlichen Schriftleiter zu dem zumeist namenlosen „Verlag“. Die Zuspitzung dieses Verhältnisses hat zu der Forderung nach einem Journalistengesetz geführt, für das die Redakteure eintreten, das aber die Verleger mit großer Energie ablehnen.

Oberflächliche Beurteiler meinen, es handle sich hier wie dort um Berufsfragen der Presse, die nur die Nächstbeteiligten selbst angehen. In Wirklichkeit sind alle Fragen, die die Presse angehen, allgemeine Volksangelegenheiten von höchster Bedeutung.

Es gibt in Deutschland kaum einen erwachsenen Menschen, der nicht mehr oder minder regelmäßig eine Zeitung liest, und sehr wenige erwachsene Menschen, die über eine andere Quelle der Fortbildung und der Unterhaltung verfügen, als ihre Zeitung. Für die allgemeine Volksbildung und für die Richtung der deutschen Politik ist die Presse ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung.

Wäre diese unbestreitbare Tatsache erst so richtig in das Bewußtsein der Volksmassen eingebracht, so wäre die Stimmung Gleichgültigkeit, mit der man in weitesten Kreisen allen Fragen der Presse begegnet, eine Unmöglichkeit. So aber konnte sich im bürgerlichen Zeitungsbetrieb eine tiefgreifende Umwälzung anbahnen, die von den Konsumenten der bürgerlichen „öffentlichen Meinung“ kaum bemerkt wurde.

In früheren Zeiten war die bürgerliche Zeitung ganz allgemein das Unternehmen eines einzelnen Verlegers, der zwar zu den politischen Streitfragen eine mehr oder weniger ausgeprägte Stellung befaß, dem es aber vor allem darauf ankam, ein absetzfähiges Produkt auf den Markt zu werfen. Zwischen dem Kapitalisten und seinen Arbeitern, den Redakteuren, bestand im allgemeinen ein einigermaßen patriarchalisches Verhältnis.

Jetzt ist die Umwandlung der Zeitungsunternehmungen in Aktiengesellschaften an der Tagesordnung. An die Stelle der Verlegerpersönlichkeit tritt eine namenlose Gesellschaft von Aktienbesitzern, die durch einen angestellten Verlagsdirektor als Austraggeber den Redakteuren entgegensteht. Umfangreiche Vertrauensstellungen sind im Zuge. Die Zeitungsunternehmungen sind dann nicht mehr reine Erwerbsunternehmungen, die auf sich allein gestellt sind, sondern sie stehen durch Personalunion des Aktienbesitzes mit Erwerbsunternehmungen ganz anderer Art, die mit dem Zeitungsbetrieb und der hier stets vorgeschätzten „Wahrnehmung öffentlicher Interessen“ nicht das geringste zu tun haben, in unerlöschlicher Verbindung.

Diese bedenkliche und gefährliche Verbindung erstreckt sich nicht nur auf das Endprodukt des journalistischen Betriebs, die „Zeitung“, sondern sie hat ganz besonders auch die Veteranen der Redaktionen, die Nachrichtensbüros erfaßt. Hier droht sie besonders wirkungsvoll und verderblich zu werden, weil sich von hier aus der unläutere Einfluß in unzählige Zeitungen verbreitet, deren Redakteure oft gar nicht wissen, wessen Interessen sie damit Vorhub leisten.

Denkt man sich diese Entwicklung bis ans Ende fortgesetzt, und denkt man aus dem Bilde die sozialdemokratische Presse weg, so ergibt sich eine vollständige Beherrschung des deutschen Zeitungswesens durch anonyme Kapitalinteressen und eine Herrschaft dieser Interessen durch das Mittel der Presse über den Staat selbst.

Das uns nächstliegende Mittel zur Hemmung dieses Prozesses ist die Stärkung der sozialdemokratischen Presse, was ebensoviel heißt, wie das Gemeinwohl den dunklen Interessen der Kapitalistenkreise entgegenzustellen. Darüber hinaus kann uns aber auch der Abwehrkampf der bürgerlichen Journalisten gegen ihr Verfallen in immer schwächerer Abhängigkeit nicht gleichgültig sein. Es ist anzuerkennen, daß sich der Reichsverband der deutschen Presse nicht darauf beschränkt, gegenüber den Arbeitgeber im Zeitungsgewerbe materielle Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, sondern daß in ihm auch Bestrebungen vorhanden sind, um die geistige Unabhängigkeit des deutschen Zeitungsschreibers einigermaßen herzustellen.

Von diesem Standpunkt aus gewinnt der Kampf um das Journalistengesetz prinzipielle Bedeutung. In Österreich ist ein solches Gesetz unter hervorragender Mitwirkung unseres Parteigenossen, des Chefredakteurs der Wiener „Arbeiterzeitung“ Frh. Austerlitz, zustande gekommen, und es hat wenigstens die Wirkung gehabt, die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen und den Redakteur vor der ärgersten Willkür seines kapitalistischen Arbeitgebers zu schützen.

Da die deutsche Presse über die Reichsgrenzen hinaus ein geistiges Ganzes darstellt, liegt der Gedanke nahe, die deutsche

und die österreichische Befehlsgebung einander möglichst anzugleichen. Jedenfalls ist zu verlangen, daß das deutsche Journalistengebiet hinter dem österreichischen nicht zurückbleibt, sondern eher noch jenseits der Grenzen zu neuen Fortschritten anspornt.

Der Redakteur muß wissen, wem er dient, und der Leser muß erfahren können, wem sein Blatt gehört. Ein Redakteur, der gezwungen ist, seinen Posten aufzugeben, weil er sich aus Gründen der Ueberzeugung und der Reinlichkeit den ihm gestellten Zumutungen nicht fügen kann, muß durch ausreichende Entschädigung davor bewahrt sein, daß seine Ueberzeugungstreue mit dem Hungertod bestraft wird. Die Verantwortung für den Inhalt der Zeitung muß nicht nur in strafrechtlicher, sondern auch in politischer und moralischer Beziehung bei der Redaktion liegen!

Man darf nun freilich nicht glauben, daß es dadurch möglich wäre, das Uebel völlig zu beseitigen. Dem Kapital wird es nie an Geldern fehlen, die sich ihm bedenkenlos verkaufen. Auch auf diesem Gebiet hat die materielle Not und die sittliche Verwahrlosung der Nachkriegszeit ihre Wirkung getan, die sich in dem sittlichen Tiefstand einer gewissen Presse, in ihrer unflätigen Art der Polemik und in ihren groben Tendenzlügen deutlich genug widerspiegelt. Aber es ist schon ein Gewinn oder eine Vermeidung von Verlust, wenn nicht die ganze bürgerliche Presse verhungert!

Darum gebührt dem Kampf bürgerlicher Journalisten um ihre eigene Unabhängigkeit und um die Reinlichkeit der deutschen Presse unsere volle Sympathie. Um so mehr, als schon bei den Vorberatungen dieses Gesetzes, für das im Reichsministerium des Innern ein Referentenentwurf hergestellt ist, die wirtschaftliche Nachstellung der Zeitungsunternehmer sich in überlauer Weise geltend macht. Trotzdem es sich keineswegs um Fragen häuslicher Natur handelt, sondern im weitesten Sinne um solche öffentlichen Interesses, schweigt sich fast die ganze bürgerliche Presse über diese Angelegenheiten völlig aus. Ist das aus freiwilliger Entschlebung der beteiligten Redakteure zurückzuführen? Keineswegs. Die Verlegervereinigungen, allen voran der „Berein deutscher Zeitungsverleger“, haben ihre Mitglieder aufgefordert, auf jeden Fall die Besprechung des Journalistengesetzes in der Tagespresse zu verhindern, oder doch nur im Einzelfall nach vorheriger Zustimmung des Verlegers oder seines Beauftragten zu gestatten!

Während die Verleger auf ihrer Tagung in Stuttgart, bei Anwesenheit des Ministers Jarres in den schärfsten Tönen sich jedes Hineinreden des Staates in ihr Verhältnis zu ihren „schreibenden Angestellten“ verbot, haben sie gleichzeitig im Lande die Anweisung ergehen lassen, daß die offiziellen Berichte über diese Scharmadertagung vollständig in ihren „Blättern“ abgedruckt werden, während die Berichte über Kundgebungen des Redakteurverbandes vorheriger Genehmigung durch die Herren Unternehmer bedürftig und infolgedessen vielfach unter den Tisch fielen.

So wird die wirtschaftliche Nachstellung der kapitalistischen Zeitungsunternehmer mißbraucht, um Fragen öffentlichen Interesses und öffentlichen Rechts vor den Befehl zu verheimlichen! Unter diesen Umständen erwächst der sozialdemokratischen Presse die Pflicht, den Scheiter von diesen Dingen zu ziehen und die Öffentlichkeit auf das Spiel hinzuweisen, das da gespielt wird. Schließlich werden auch die bürgerlichen Journalisten — vielleicht besser als mancher andere — begreifen, welche ein Verdienst an der Allgemeinheit sich die deutsche Arbeiter erwerben, indem sie sich aus kümmerlichen Anfängen und unter großen Opfern eine eigene Presse schaffen, die von kapitalistischen Einflüssen unabhängig ist. Begriffe es jedermann aus dem arbeitenden Volk ebenfogut, dann wäre unser öffentliches Leben sauberer und der Kampf gegen die kapitalistische Hirnvergiftung leichter!

Selbstmord im russischen Gefängnis. Einer der in Petersburg Verhafteten, Professor A. S. Kossakowitsch, hat im Gefängnis Selbstmord begangen. Er war kürzlich zur Verbannung nach Sibirien verurteilt worden. Diese Verurteilung hat auf Kossakowitsch so gewirkt, daß er sich in seiner Zelle erhängt hat.

Eine alte Geschichte.

Von Xenophon.

Vor vielen vielen Jahren lebte am Hofe eines mächtigen Fürsten ein Narr der die Kunst seines Herrn in so hohem Maße besaß, daß er ihm manchmal sogar die Wahrheit sagen durfte. Eines Tages nun stand der Narr neben seinem Herrn am Fenster der Burg und sah in den Hof hinab, wo viele Kriegerleute sich tummelten. Rasch stolzierte, Trompeten schmetterten und es war überhaupt ein patriotisches Schauspiel.

„Was machen all diese vielen Krieger dort?“ fragte der Narr.

„Sie ziehen in den Krieg, du Narr,“ antwortete der Fürst.

„Und was machen sie im Kriege?“ fragte der Narr weiter.

„Nun, sie schlagen die Feinde tot, sie zünden die Dörfer und Städte an, treiben das Vieh fort und verwüsten das ganze Land, daß kein Halm mehr darauf wachsen kann.“

„Ja, aber warum geschieht denn all diese Verwüstung?“ fragte der naive Narr weiter.

„Damit wieder Friede wird, du dumme Narr,“ sagte der Fürst, der allmählich etwas ungeduldig wurde.

„Ja, wäre es denn nicht besser, man unterlasse all diese Grauel, wenn man damit schließlich doch auch nur wieder einen Frieden bekommt — wo wir doch jetzt schon im Frieden leben?“ meinte der Narr.

Der Herrscher wurde nachdenklich, dann sagte er: „Du hast recht, obwohl du nur ein Narr bist, und wenn es nach mir ginge bliebe ich auch jeder zu Hause. Aber meine Generale haben ihren Kriegsplan schon ausgearbeitet und die Zeitungen schreiben, daß das Volk den Krieg will, nein, es würde böse Dinge geben. Und schließlich — habe ich doch meine Verantwortung vor der Weltgeschichte, meinst du denn, es wäre mir einerlei, wenn später und für alle Ewigkeiten die Professoren meines Reiches schreiben, ich sei zwar ein wahnsinniger, aber schwacher und unfähiger Fürst gewesen, weil ich mich mit meinen Nachbarn vertragen habe, anstatt sie zu massakrieren zu des Reiches größter Herrlichkeit? Nein, ich muß marschieren lassen, und wenn es schief geht, hat eben das Volk schuld, weil es nicht tapfer genug war. So und nun laß mich mit deinen abnormen Trogen zufrieden, du Narr, sonst seht es was.“

Und dann zog der Fürst in den Krieg, verlor Krone und Reich, führte sein halbes Volk auf den Schlachtfeldern und sich schließlich ins Ausland, wo er sein Land dem Unglück überließ und in seinen Remoiren bewies, daß es an seiner Niederlage ganz allein schuld habe. Und alle Professoren und früheren Generale stimmten ihm darin bei — nur der Narr protestierte gegen diese Lüge — aber man hörte nicht auf ihn, denn er war ja nur ein Narr.

Und wieder Landesverrat.

Strafverfahren gegen die „Rote Fahne“.

Die „Rote Fahne“ hat heute morgen das Statut der Reichsbahngesellschaft veröffentlicht, obgleich ihr bekannt sein mußte, daß solche Veröffentlichungen vor dem Abschluß der Verhandlungen nicht im Interesse des günstigen Abchlusses liegen. Gegen diese Veröffentlichung ist der Oberreichsanwalt eingeschritten. Amtlich wird mitgeteilt:

„Wegen der Veröffentlichung des Statuts der Reichsbahngesellschaft durch die „Rote Fahne“, wodurch ein Staatsgeheimnis unbefugt preisgegeben worden ist, wird der Oberreichsanwalt gegen die für die Veröffentlichung verantwortlichen Personen eingeschritten.“

Der Landesverratsparagraf wird wiederum gegen die Presse angewandt in einer Weise, die für die Freiheit der Presse bedrohlich ist. Es ist nicht die Aufgabe der Justiz, aus journalistischen Disziplinlosigkeiten Landesverratsfälle zu konstruieren. Die Disziplinlosigkeit der „Roten Fahne“ mag öffentlich gekennzeichnet werden, man mag den Quellen der Publikation nachgehen — zu einer erneuten Ueberspannung des Landesverratsbegriffs darf sie nicht führen.

Wallraf und die Kommunisten.

Das „Vertrauensvotum“ für den Präsidenten.

Die gestrige Reichstagsitzung, in der über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten Wallraf abgestimmt wurde, darf nach mehr als einer Richtung noch das Interesse in Anspruch nehmen. Der Präsident hat dem Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof die Erlaubnis erteilt, im Fraktionszimmer und in den Schränken der kommunistischen Abgeordneten Hausdurchsuchung und Beschlagnahmen vorzunehmen. Begründet war der Antrag wie die Genehmigung mit dem dringenden Verdacht, daß in den Fraktionsräumen sich Dokumente über eine kommunistische Mordorganisation befänden. Nachträglich hat Wallraf auch noch die Genehmigung erteilt, daß Dokumente und Schriften zurückgehalten werden, die den Verdacht auf Hochverrat rechtfertigen.

Mit dieser nachträglichen Genehmigung hat er den Boden verlassen, der seiner ersten Erlaubnis noch einigermaßen Rechtfertigung gewähren konnte. Was für Mordkomplote, also gemeine Verbrechen, unter Umständen gestattet ist, kann für das politische Verbrechen des Hochverrats nicht in Frage kommen. Herr Wallraf hat die Immunität der Abgeordneten also auch in politischer Hinsicht preisgegeben.

Deshalb war es begreiflich, daß die betroffene kommunistische Fraktion gegen ihn offenes Mißtrauen aussprach und durch einen Antrag im Reichstag dokumentierte. Es ergab sich nun, daß 196 Abgeordnete den monarchistischen Präsidenten auf jeden Fall deckten, 106 Abgeordnete — hauptsächlich sozialdemokratische und völkische — sich der Stimme enthielten, was praktisch auf Vertrauensverweigerung hinausläuft, und 29 Kommunisten für den kommunistischen Antrag stimmten. Das heißt, die Kommunisten haben ihren Antrag selbst nicht so hoch bewertet, daß sie auch nur sämtlich zur Stelle waren, um den „Präsidenten des Verfassungsbruchs“, wie Kay ihn nannte, zu stürzen. Die Fraktion zählt 63 Abgeordnete, aber nur 29 sind anwesend, wenn es eigene Anträge von solcher politischer Tragweite zu beschließen gibt. Das ist eine Pflichtvergessenheit, die angeprangert werden muß. Aber die „Rote Fahne“ geht schamhaft darüber hinweg. Sie zählt zwar die 196 Wallraf-Stimmen und die 106 Enthaltungen auf, spricht aber sonst nur von den „Stimmen der kommunistischen Fraktion“. Wo waren die 34 Fehlenden, als es galt, das verlegte Recht der Kommunisten wieder herzustellen?

Weder Wallraf noch die Fraktion Kay brauchen stolz auf die gestrige Sitzung des Reichstags zu sein. Der eine nicht wegen der geringen Mehrheit, die er in solcher wichtigen Frage hinter sich hat, die andere nicht wegen des erbärmlichen Eindruckes, den ihre „sittliche Entrüstung“ machen muß, während mehr als die Hälfte der Abgeordneten eine solche Sitzung schwänzte!

„Internationale Künstlerspiele“.

Wer über das Leben nicht Bescheid wußte, konnte sich gestern im Intimen Theater, wo Mitglieder des Schauspielhauses Frankfurt a. M. ein Gastspiel abspielten, über die verzwickten Zusammenhänge der menschlichen Natur informieren. Zwei Einakter, „Der Alp“ und „Nachtlicht“, leuchten erdarmungslos in die Abgründe der Seele. Wir erfahren, daß es sich im Leben nicht allein um Essen, Trinken und Schlafen handelt, sondern daß den allwisslichen Ablauf Liebe und Sinnenlust erheblich komplizieren. Die Leidenschaft oder „die freche Sünde“, wie der Verfasser Joel Kehm es hübsch ausdrückt, spielen für das Gelingen eine große Rolle. Ich muß gestehen, daß mir auch vor dem Genuß der Reymischen Dichtungen diese Tatsache nicht unbekannt gewesen ist; immerhin habe ich im Zuschauerraum eine ältere Dame von durchaus achtbarem Reufern beobachtet, die den Vorgängen auf der Bühne mit lebhafter Anteilnahme folgte. Herr Kehm sucht sich auch in seinen Einaktstücken, in denen er als Ort der Handlung bescheiden „die Welt“ angibt, darüber auseinanderzusetzen, wer die Schuld an dem Lebensdurcheinander trägt, und er kommt zu dem Schluß, daß es der Mann ist. Nachher entpuppt sich aber die Frau als die Ränkelei. Ganz klar wird diese wichtige Frage also doch nicht. Eingeleitet wurden die Einakter von einem höchst poetischen Prolog, den der Star der „Internationalen Künstlerspiele“, Ina Bohmann, unter ausdrucksvollem Benutzen des rollenden dramatischen K und unter Enthüllung ihrer schönen Beine ins Vorfeld schlenkerte. Zum Schluß wurde noch ein Einakter von Friedrich Kandler, „Der Befehl“, gespielt, in dem der Mißbrauch der Hypnose gelehrt wird. Wahrscheinlich stammt das Manuskript dieses Stückes aus der Schulzeit des Verfassers. Er wird einen schönen Schred kriegen, wenn er im Intimen Theater steht, was er mal geschrieben hat. Man war so erschütterter, daß schon nach dem zweiten Einakter etwa ein Drittel der Zuschauer das Weite suchte.

Ich fürchte, daß sich aus dem Gastspiel der Frankfurter Künstlerdiplomatische Bewildungen ergeben werden, wenn sie, was mit dem Ausdruck „Internationale Künstlerspiele“ angedeutet wird, mit ihrer Kunst ins Ausland gehen. Die Entente wird mit neuen Sanktionen kommen.

Eine völlige Mondfinsternis. Als wichtigste Himmelserscheinung im August ist die völlige Mondfinsternis am 14. zu verzeichnen. Es beginnt alsbald nach Aufgang des Mondes um 38 Uhr und erreicht ihr Ende kurz nach 1 Uhr. Wenn irgend möglich, sollte sich jeder, nicht nur der Sternfreund, die Beobachtung des immerhin recht seltenen Ereignisses nicht entgehen lassen. Die merkwürdigste Erscheinung, die bei totalen Mondfinsternissen beobachtet werden kann, ist der Umstand, daß auch der völlig verfinsterte Mond nicht gänzlich verschwindet, sondern in zwar schwachen, aber ganz deutlichem rötlichen Lichte erstrahlt. Die Erscheinung ist eine Folge der Erdatmosphäre. Wäre die Erde wie der Mond ohne Luftschicht, so könnte zu dem im Erdschatten stehenden Mond kein Sonnenlicht gelangen, und da ihm alsdann auch die Erde ihre un-

Eine vernünftige Forderung.

Enquetekommission für Wirtschaftsfragen.

Im „Berliner Tageblatt“ führt Professor Bonn unter der Ueberschrift „Dilettanten und Interessenten“ einen vernünftigen kritischen Schlag gegen die Agrarzollvorlage der Regierung. Er stellt die Vorlage in die Gesamtproblematik des deutschen Wirtschaftslebens und führt den Nachweis, daß die Vorlage ein Ausfluß von frassestem wirtschaftspolitischen Dilettantismus sei. Er kommt zu einer allgemeinen Forderung für die Grundlegung der deutschen Wirtschaftspolitik:

„Zur Ergründung dieser Zusammenhänge soll man einmal die Wege gehen, die andere Länder gegangen sind, und eine Enquetekommission einsetzen, deren Zusammensetzung und deren Methoden die Ermittlung der Tatsachen ermöglicht, und deren Vorschläge die Grundlagen einer weitestgehenden Wirtschaftspolitik werden können. Das muß im vollen Lichte der Öffentlichkeit geschehen, wie in England und in Amerika, damit endlich einmal der Uberglaube beseitigt wird, daß Preise das Amtsgeheimnis derjenigen sind, die sie erheben, über deren Berechtigung aber diejenigen, die sie bezahlen, nicht mitreden dürfen.“

Die Notwendigkeit einer unabhängigen Enquetekommission hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder herausgestellt. Im Reichswirtschaftsrat kann die Arbeit, die eine unabhängige Enquetekommission zu erfüllen hat, nicht geleistet werden — der Ausschluß der Interessenten ist die erste Voraussetzung für eine solche Enquetekommission. Die Untersuchungen über die Valuta- und die Eisenbahnfrage geben Vorbilder für die Arbeit einer kommenden Kommission. Je lauter das Geschrei der Interessenten wird, um so dringender erscheint es nötig, die Tatsachen festzustellen. Die Anregung von Professor Bonn sollte nun endlich einmal weiter verfolgt werden!

Die Christen und die Zölle.

Zu Herbst für den lückenlosen Zolltarif?

Das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands nimmt zur Zollvorlage der Regierung Stellung. Es erklärt sich nicht gegen den Plan des Brotwuchers an sich, sondern nur gegen den Plan in diesem Augenblick, und hält sich die Möglichkeit offen, an einem späteren Zeitpunkt in die Front der Schutzzöllner einzuschwenken. Es heißt im Zentralblatt:

„Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß der Reichstag sich zwar grundsätzlich auch für den Zollschutz der Landwirtschaft erklärt, daß er aber die Beschlussfassung darüber bis zum Herbst aussetzt, wo der ganze Zolltarif seine Erledigung finden muß.“

Soll das etwa heißen, daß die Christlichen Gewerkschaften im Herbst für den lückenlosen Hochschutzzoll eintreten wollen? Die zweideutige Haltung des Organs der Christlichen Gewerkschaften spiegelt deutlich die Uneinigkeit in der Zollfrage im christlichen Lager wider. Die Steigerwalde ziehen nach der Seite der Schutzzöllner, die gerechte Empörung der Arbeiterschaft nach der anderen Seite. Das Resultat ist Halbheit und Verlegenheit.

Kommunistischer Kadau.

Dortmund, 22. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Auch die gestrige Stadtverordnetenversammlung fand heute ein vorzeitiges Ende; von den 18 Punkten der Tagesordnung konnten nur 5 erledigt werden. Die kommunistischen Redner ergingen sich unter dem tosenden Beifall der kommunistischen Tribünenbesucher in den allerschärfsten Beschimpfungen gegen den Magistrat und die bürgerlichen Parteien, ohne daß der kommunistische Stadtverordnetenvorsteher es für nötig hielt, gegen die wilden Ausschreitungen der kommunistischen Abgeordneten vorzugehen. Es entstand schließlich ein allgemeiner Tumult im Saal und auf der Tribüne. Da eine singermohren geordnete Verhandlung nicht möglich war, verließen die Magistratsvertreter, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten den Sitzungssaal. Weil die Versammlung nun nicht mehr beschlußfähig war, mußte sie wieder vertagt werden.

beseutete Seite zuehrt, mühte er notwendigerweise den Blick völlig entzünden. Aber die Luftschicht der Erde bricht, ähnlich wie ein Bergdächerungsglas, die durch sie hindurchgehenden Sonnenstrahlen nach innen, also nach dem Monde zu. Bei dem langen Weg durch die Luft wird der rote Teil des Sonnenlichts ganz erheblich weniger geschwächt als der blaue, und das ist der Grund, daß der verfinsterte Mond in rötlichen Lichte erstrahlt. Ganz ähnlich wie auch die Sonne, wenn sie nahe am Horizont steht, ihre Strahlen also einen großen Weg in der Luft zurückzulegen haben, stets rot erscheint (Morgen- und Abendrot).

Kerzlemangel in Amerika. Während bei uns der Kerzleberuf überflutet ist, leidet Amerika an einem immer fühlbarer werdenden Mangel an Kerzen. Die Zahl der medizinischen Fakultäten in den Vereinigten Staaten ist in den letzten 20 Jahren von 159 auf 82 zurückgegangen, die der Medizin Studierenden von 29 000 auf 17 000. In den Süd- und Oststaaten sind die Kerze durchschnittlich 50 Jahre alt, und für die, die sterben, findet sich selten Ersatz. Philadelphia zählt 1 Arzt auf 326 Einwohner, Pittsburg 1 auf 447, aber im übrigen Staat von Pennsylvanien kommt 1 Arzt auf mehr als 1000 Einwohner, in New Hampshire sind 110 Städte von 226 ohne einen dort ständig wohnenden Arzt. In einzelnen Städten haben sich die sämtlichen Bewohner zum Kerzlemangel, um einen Arzt eine jährliche Einnahme von 3000 Dollar zu garantieren, da sie nur auf diese Weise einen Arzt zur Niederlassung bewegen können.

Die Wanderungen der Jigeuner. Herkunft, Sprache und Wanderungen der Jigeuner sind seit langer Zeit Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen, deren Hauptergebnisse heute im wesentlichen nicht mehr bestritten sind. Dennoch gibt die Geschichte des eigenartigen Volkes in ihren Einzelheiten auch heute noch der Wissenschaft manches Rätsel auf. Vor kurzem hat nun ein englischer Forscher, A. Sampson, neues Material über die Wanderungen der Jigeuner veröffentlicht; danach vollzog sich die von der Wissenschaft auf Grund der Jigeunerprache angenommene Trennung des ursprünglich einheitlichen Volkes in Persien, das die Jigeuner auf ihrem Zug aus der indischen Heimat vor dem 10. Jahrhundert erreicht hatten und wo sie einige Zeit geblieben waren. Die eine Gruppe, nach sprachlichen Gesichtspunkten mit „Ben“ bezeichnet, wanderte nach Syrien aus; ihre Nachkommen sind die Jigeuner in Palästina, Syrien, im gegenwärtigen Persien und Transkaukasien sowie in Aegypten; die andere Gruppe, die „Phen“, zog nach einem Aufenthalt in Armenien gegen Westen durch Arabistan und das Byzantinische Reich. Sie kam dann nach dem Peloponnes, von wo sie im 15. Jahrhundert Europa überflutete.

Die Galeete Dr. Goldschmidt-Dr. Wallerstein. Schöneberger Ufer 36a, wird in ihrer Sommer-Ausführung eine Reihe neuer Gemälde von Bela Gobel, sowie Einzelwerke von Thonet Reisinger, Erich Oedel, Oskar Kotschka, Otto Kuebler, Emil Kolbe, Max Pechlein, Karl Schmidt-Rottluff und Gustav Wolf.

Naturwunder in Kamtschatka. Die Eubübe der Gabelstein Kamtschatka ist vom Revolutionskomitee des fernem Ostens (der obersten Revolutionsstelle) zum Naturdenkmal erklärt worden. Es ist verboten, in diesem Gebiet zu jagen, Bäume zu fällen und überhaupt das Bild der Landschaft gewaltsam zu verändern.

Die bayerische Justizkatastrophe.

München, 22. Juli. (W.Z.) Der bayerische Landtag befaßt sich in seiner heutigen Plenarsitzung mit einer sozialdemokratischen Interpellation, was die Staatsregierung gegen die staatsverheerenden Wirkungen der letzten bayerischen Volksgerichtsurteile zu tun gedenkt. Der Begründer der Interpellation, Abg. Dr. Högnner (Soz.) frustrierte besonders scharf die Urteilsgründe beim Hitler-Prozess und erklärte, die bayerische Justiz könne nur gebildet werden, wenn auch die politische Atmosphäre in Bayern gebessert werde.

Justizminister Gärner entgegnete in Beantwortung der Interpellation, sein Justizministerium habe die Möglichkeit, auf ein Urteil einzuwirken. Bei der Zusammenfassung der bayerischen Volksgerichte hätten die Bayerischen Richter allgemein den Ausschlag gegeben, daran müsse man bei der Kritik immer denken. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß die Tat von 1923 sich zweifellos als hochverräterisches Unternehmen darstelle, so müsse er doch eine Gleichstellung mit dem Unternehmen von 1918 als nicht angebracht bezeichnen. Es handle sich dabei nicht nur um den Vergleich von politischer Gesinnung, sondern auch um den Vergleich der Motive, den auch der Strafrichter berücksichtigen müsse. Der Minister teilte mit, daß wegen Bewilligung am Hitler-Prozess im ganzen 72 Personen verurteilt wurden, davon 6 zu Gefängnis, 48 zu Festungs- und 18 zu Gefängnis, und daß Bewährungsfrist nur einem Drittel der Verurteilten zugestanden worden sei. Der Minister wandte sich weiter entschieden dagegen, daß Prozesse im Parlament in einer gewissen Super-Revisionsinstanz noch einmal verhandelt würden, und schloß, wenn die Richter über den Parteien stehen sollten, dürften sich die Parteien nicht über die Richter stellen. Die wichtigste Aufgabe sei die Freihaltung der Justiz von parteipolitischen Einflüssen.

In Beantwortung der Interpellation erklärte Graf Pestalozza (Bayer. Zpt.), man habe

mit Recht an der Prozedur im Hitler-Prozess Kritik geübt und sie als einen Skandal bezeichnet.

Kedner wandte sich weiter gegen den Beschluß des Rechtsausschusses des Reichstages, wonach die Volksgerichtsurteile des Wiedereröffnungsverfahrens zulässig sein soll, forderte auch den Minister auf in schärfster Form gegen dieses Vorgehen Stellung zu nehmen, und erklärte dann: Wenn die Justiz schon am 1. Mai vergangenen Jahres, als sich der Kampfbund aus Oberwiesenthal mit Waffen zeigte, vorgegangen wäre, so

hätte der ganze Hitler-Putsch vermieden werden können.

Angeklagten den Linksparteien hätte man sicher keinen Urlaub erteilt, wie es im Hitler-Prozess geschehen sei. Man dürfe sich nicht wundern, man überalle von einer Justizkatastrophe gesprochen werde. Für Männer mit vaterländischem Geist läge es eine ungeheuer schwere Zumutung gewesen sein, Ländereien zu einer Freiheitsstraße zu verurteilen, aber, wenn Recht Recht bleiben sollte, müsse es angewendet werden, ohne Ansehen der Person. Kedner forderte endlich, dem Untersuchungsausschuß für den Hitler-Prozess auch die Geheimakten vorzuliegen, von denen im Verfassungsausschuß Mitteilung gemacht worden sei, und schloß, Aufgabe des Ministers sei es, mit der 1. April-Justiz aufzuräumen.

Sturmjahren in der heutigen Landtagssitzung.

München, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Landtag gab es am Mittwoch vormittag bei der Fortsetzung der Interpellationsdebatte über die Justiz einen ungeheuren Sturm. Nachdem schon der deutschnationalistische Redner Prof. Bent die Sozialdemokraten in ungeschliffener Weise provoziert hatte, unternahm es der Redner der Bäckischen, der Abgeordnete Kug, in noch schärferer Weise zunächst gegen die Bayerische Volkspartei, dann gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Als er den Satz sprach: „Die Sozialdemokratie befragt sich wegen völkischen Mordes und daher hat sie von jeder den Fürstenmord verteidigt“, drängten unsere Genossen stürmisch gegen das Rednerpult vor, noch ihnen die Bäckischen, um ihren Redner zu schützen. In dem ungeheuren Sturm und Lärm, der reichlich 10 Minuten anhielt, drang auch die Glocke des Präsidenten nicht mehr durch. Bei dem großen Lärm ertönten fortgesetzt Zwischenrufe von der Sozialdemokratie, die verlangten, daß der völkische Redner seine schweren Vorwürfe zurücknehme. Da die Unruhen sich aber weiterhin steigerten, unterbricht der Präsident die Sitzung. Es dauerte eine weitere Viertelstunde, bis der Sitzungssaal sich leert, da die Sozialdemokraten immer von neuem auf die völkischen Schreier eindringen. Hieron schloß sich eine sozialdemokratische Fraktions-sitzung, in der beschlossen wurde, den völkischen Redner nicht weiter sprechen zu lassen, wenn er nicht seine Vorwürfe zurücknehme. Dieser Beschluß wurde dem Präsidenten mitgeteilt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ruft der Präsident den völkischen Abgeordneten zum zweitenmal zur Ordnung und legt ihm nahe, seine Zwischenleistungen zurückzunehmen. Als Kug verfuhr, die Sozialdemokratie weiter anzugreifen, erhebt sich von neuem ein Sturm der Entrüstung, der schließlich unter Mithilfe des Präsidenten den Redner veranlaßt, zu erklären, daß er mit seinen Ausführungen weder ein Mitglied des Hauses noch die Sozialdemokratische Partei, sondern nur das marxistisch-bolschewistische System gemeint habe. Damit ist der Zwischenfall zunächst erledigt.

Lex Fehenbach.

München, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, die durch ihren Vetter dem Ministerpräsidenten besonders nahe steht, erklärt auf Grund des vom Reichstag gefassten Beschlusses über die Revision der Urteile des bayerischen Volksgerichts unter der Überschrift „Der Fehenbach“, daß das nachträglich korrigierende Eingreifen in einen geschlossenen Komplex der Befehlsgabe vom politischen Standpunkt aus ein außerordentlich gewagtes Experiment darstelle, denn Bayern kann darin nichts anderes als einen neuen Versuch der Reichsregierung erblicken, in die bayerische Justizhoheit einzugreifen. Man wird in Bayern dazu neigen, in solchen Vorgehen eine Bränkerung der bayerischen Justiz zu sehen. Das trägt nicht zur inneren Konsolidierung der Verhältnisse in Bayern bei, woran eine ehrliebe und vernünftige Reichspolitik das größte Interesse haben müßte. Gerade mit Rücksicht darauf muß Bayern einen solchen Versuch der Einmischung in die bayerischen Angelegenheiten aufs entschiedenste zurückweisen.

Regierungsabbau in Baden.

Karlsruhe, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der badische Landtag beschloß am Dienstag gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Volksparteier, Bondländer und Kommunisten, das Arbeitsministerium aufzuheben. Da durch das Ausschließen des Arbeitsministers Engler aus dem Kabinett die Sozialdemokratie eine Stimme verliert, kamen die Koalitionsparteien überein, daß auch ein Staatsrat des Zenitums aus der Regierung austritt. Die Regierung zählt nunmehr statt bisher acht nur noch sechs Mitglieder.

Der Arbeiterec Regierung zehnte Niederlage. Im Unterhause wurde die Regierung bei der Abstimmung über einen Abänderungsantrag zur Wohnungsgesetzesvorlage mit 137 gegen 119 Stimmen geschlagen und erlitt somit ihre zehnte Niederlage. Der Gesundheitsminister erklärte, daß die Regierung die Entscheidung des Hauses annehme. Der Beschluß des Hauses hat nicht den Rücktritt der Regierung zur Folge.

Gewitter in der Nacht.

Nach schier unerträglich Schwüle in den ersten Nachmittags- und Abendstunden des gestrigen Tages entlud sich in der Nacht über Berlin ein Gewitter von seltener Schwere und nahezu beispielgender Dauer. Sekundenslang war die Natur wie in ein Flammengleid gehüllt, und die Donnererschläge trachten, daß man immer glaubte, das Haus, in dem man wohnt, sei getroffen und wankte in allen Fugen. Und immer wieder neues dumpfes Dröhnen, langanhaltend, und neue Blitze, die ängstliche Menschen an den Fenstern und im Zimmer grell beleuchteten. Im allgemeinen kennt man ja in Berlin nicht die Angst vor dem Gewitter, man weiß, daß die Gefahr, vom Blitz erschlagen zu werden, außerordentlich klein ist, und man weiß vor allem, daß die Feuerwehr, wenn Gefahr im Verzug ist, schleunigst mit allen modernen und besten Hilfsmitteln herbeieilt.

Besentlich anders, schreckhafter und gefährlicher ist ein schweres Gewitter in der Nacht auf dem Lande. Die Feuerlöschvorrichtungen sind die denkbar primitivsten, Hilfe vom Nachbarn, der außerdem noch weit entfernt wohnt, ist kaum zu erhoffen, da er sein Besitztum in solcher Gewitternacht nur ungern verläßt, in der Furcht, der Blitz könne auch seine Scheune oder seinen Stall treffen. Also heißt hier die Parole: Hilf dir selbst! Das Vieh wird aus den Ställen getrieben und irrt brüllend auf dem Hof umher. Man bleibt nicht in den Betten und Stuben, sondern steht im wolkenbruchartigen Regen mitten unter dem Vieh auf dem Hof. Blitzableiter sind ja immer noch eine fast unbekannte Einrichtung auf Dörfern und Bauerngütern. Man weiß sich nicht anders zu helfen, als daß man das Dach des Hauses verläßt, den Aussenhof unter hohen Bäumen ängstlich weidet, dabei aber vergißt oder nicht weiß, daß man sich großer Gefahr dadurch aussetzt, daß man sich neben und unter den Tieren während des Gewitters aufhält. In manchen Gegenden spielen außerdem noch allerhand abergläubische Gebräuche beim Gewitter eine Rolle. Es gibt zum Beispiel Provinzen, in denen man bei heftigen Gewittern am Tage keine Nahrung zu sich nimmt. Wer einmal eine Gewitterfahrendenacht auf dem Lande durchgemacht hat, wird lieber alle diese Szenen, die er da erlebt, lange nicht vergessen. In Berlin bleibt man, wie gesagt, bei schweren Gewittern ruhiger und sieht dem Verlauf mit mehr Gleichgültigkeit zu. Und doch gibt es auch in der Großstadt Menschen, die bei heftigen Gewittern von einer nicht zu befämpfenden Unruhe und Angst befallen werden. Die von der Hast des Großstadtlebens, von der Not und Sorge in Unruhe geratenen Nerven rennieren und sind nicht zu beruhigen. Eine besondere Nothet aber bekundet derjenige, der über die Gewitterangst anderer lacht. Hier handelt es sich gar nicht um Angst, sondern um bedauernde Menschen, die im harten Kampf ums Dasein in der mitleidlosen Millionenstadt die Herrschaft über die Nerven verloren haben.

Das gestrige Gewitter hat in Berlin und seinen Vororten an den verschiedensten Stellen verheerend gewirkt. Die Feuerwehr wurde nicht weniger als 50mal alarmiert. In der Bismarckstraße in Charlottenburg schlug der Blitz in den Mast der elektrischen Straßenbahn. Der Mast wurde umgebrochen und hatte die Drähte der elektrischen Leitung auf die Straße gerissen. An zahlreichen Stellen der Stadt wurden die Straßen und die Keller unter Wasser gesetzt. In besonderer Gefahr schwebten die Bewohner einer Parterremwohnung am Hansauer 7, wo die Fußbodenbende einzustürzen drohte. Auch in den westlichen und südwestlichen Vororten standen viele Wohnungen unter Wasser, so daß die Feuerwehr eingreifen mußte. In Zehlendorf-Mitte war durch den Pfahrgelen ein See von fast hundert Meter Durchmesser in der Gabelstraße 28 in Raabitz hatte der Blitz den Dachstuhl entzündet. Auch in Wittenau hatte der Blitz gezündet und angezündet. Auch in Wittenau hatte der Blitz gezündet und das Dach der Kolonie „Freie Scholle“ in Brand gesetzt. Aus Spandau, Köpenick, Tankow und Nieder-Schöneweide werden ebenfalls Ueberflutungen von Kellerwohnungen und Fabrikanlagen gemeldet. Im Laufe des heutigen Vormittags mußte die Feuerwehr gleichfalls verschiedene Keller auspumpen. Schwere Unglücksfälle haben sich, soweit bisher bekannt ist, nicht ereignet.

Sechs Menschen vom Blitz getroffen.

Recht tragische Folgen hatte das Gewitter, das gestern nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr in der Umgegend von Fichtenwäldchen niederging und von einem außerordentlichen Sturm begleitet wurde, der Bäume von 1/2 Meter Durchmesser entwurzelte, Telegraphendrähte und die elektrische Leitung der Ueberlandzentrale beschädigte, so daß einzelne Ortschaften mehrere Tage ohne elektrischen Strom sein werden. In Hangelberg, Restaurant Spreeterrasse, hatte die vorhergehende Hitze viele der dort zur Erholung weilenden Berliner an der Bobelstelle zu Boden veranlaßt. Als die Bobelnden beim Herausgehen des Gewitters sich nach dem nur eine Minute entfernten Wohnhaus zurückziehen wollten, schlug der Blitz ein und traf vier Menschen, zwei Frauen und zwei Mädchen. Während die beiden Frauen und ein Mädchen mit Brandwunden an Händen und Beinen davonkamen, war die 12jährige Tochter eines Berliner Einwohners, die der Blitz am Hinterkopf getroffen hatte, sofort tot. Auf dem Nebengrundstück wurden ebenfalls zwei Kinder getroffen, von denen ein etwa zehnjähriger Knabe dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Mißhandlung eines Kriminalbeamten.

Ein schwerer Ueberfall auf einen Kriminalbeamten ereignete sich gestern nachmittag um 3 1/2 Uhr an der Ecke der Rومerstraße und Poppelallee. Hier stand neben dem Verläufer eines Spelteesmogens ein junger Mensch. Dieser rief, als der Kriminalassistent Krause auf dem Heimwege von seiner Dienststelle auf dem Revier 82 nordelam, laut: „Da kommt ja der Bullenbod vom Revier!“ Krause trat heran und verbat sich das. Der Burche aber schimpfte jetzt erst recht weiter. Als Krause Anstalten machte, ihn nach der Wade zu bringen, kamen aus der Schankwirtschaft von Feister ein halbes Duzend junge Burchen heraus, stürzten sich auf den Beamten, drängten ihn an die Hauswand, zerrissen ihm die Hosenträger und zogen ihm die Hosen herunter, so daß er nicht mehr zur Pistole greifen konnte. Sie schlugen ihm ins Gesicht, warfen ihn zu Boden und traten mit Füßen auf Gesicht und Leib. Andere Leute, die dazu kamen, befreiten den Ueberfallenen, der das Bewußtsein verloren hatte, und wuschen ihn in das Lokal von Feister bringen, um ihm das Gesicht abzuwaschen und ihm Wasser zu trinken zu geben. Der Wirt aber wies sie scharf zurück. Die Leute trugen deshalb den Mißhandelten in ein anderes Lokal, Kuberten ihn dort, erfrischten ihn und brachten ihn dann nach seiner Wohnung. Heute morgen gelang es der Kriminalpolizei des Reviers, zwei der Beteiligten festzunehmen, darunter den Haupttäter, einen gewissen Karl Hellwig aus der Schönhauser Allee, den der überfallene Kriminalbeamte vor einem Jahr einmal wegen schweren Diebstahls festgenommen hat. Der Verhaftete gibt seine Beteiligung zu. Der zweite, der durch seine Beschimpfung den Ueberfall verursacht haben soll, bestreitet das noch. Auch den anderen Beteiligten ist man auf der Spur.

Die Wäldge Selbstmordchronik hat in einem Hause der Brandenburger 70 in letzter Zeit das dritte Opfer gefordert. In der Pfingstwoche nahm sich ein junges Mädchen aus Liebesgram das Leben. Dann folgte der 25jährige Kriegsteilnehmer anlässlich einer schweren Krankheit. Am Dienstag verübte nun der lebensfrohe und wertvolle 64 Jahre alte Kordmayer Gustav Hagemann Selbstmord. Die in langjähriger Berufstüchtigkeit mühevoll erworbenen Sparpennige hat die Inflation geholt. Hochgradige

Räumungsanfälle haben ihm den letzten Rest der Lebensfreude genommen.

Der Mord im Walde.

Hellriegel leugnet noch immer.

Zu dem Mord im Walde erfahren wir, daß sich der Verdacht, daß der junge Hellriegel um den Tod Zellers gewußt haben muß, immer mehr verstärkt. Hellriegel bestreitet noch wie vor, mit Origispistolen gehandelt zu haben. Es ist ihm aber jetzt nachgewiesen und es ist auch sehr wahrscheinlich, daß die Waffe, die man bei dem Ermordeten fand, von ihm stammt. Ueber seinen Aufenthalt in der kritischen Zeit macht Hellriegel nur unklare Angaben. Die Nachprüfung seines Alibibeweises ist deshalb schwer. Sein Bruder, der nach dieser Richtung vernommen wurde, erklärt, daß er sich der Dinge nicht mehr erinnern, weil es schon zu lange her sei. Der Versuch Hellriegels, den Kaufmann Paul Meyer und dessen Geliebte Maria Ruschitz zu verdächtigen, ist ihm jetzt verhängnisvoll geworden. Eine Verwandte des Mädchens erzählte diesem vor einiger Zeit, daß sie von Hellriegel verewaltigt worden sei, als sie in einem Anfaße von Herzleiden krankes geworden sei. Die Verwandte machte davon keine Anzeige, sagte es aber der Ruschitz. Nach den Verdächtigungen Hellriegels hat die Geliebte Meyers den Vorfall jetzt der Kriminalpolizei angezeigt. Hellriegel muß auch zugeben, an dem Tage mit dem Mädchen verkehrt zu haben, behauptet jedoch, es sei ihm so entgegengeworfen, daß eine Anwendung von Gewalt gar nicht nötig gewesen sei. Von einem Anfaße des Herzleidens sei auch keine Rede. Das Mädchen bleibt jedoch dabei, daß er so sogar mit dem Revolver gezwungen habe, nicht um Hilfe zu rufen.

Der Mord in Verthesgaden.

Das Verbrechen, dem der Berliner Student Dr. Herz im Verthesgaden zum Opfer gefallen ist, beschäftigt jetzt die Berliner Kriminalpolizei. Der Tat dringend verdächtig ist, wie schon kurz berichtet wurde, der 17 Jahre alte Gymnasist Kurt Rehler, der jetzt von der Kriminalbehörde eifrig gesucht wird, ein junger Mann, der am 8. Oktober 1907 in Vapenstein geboren ist und bei seinen Eltern in Rürnberg wohnte. Rehler ist seit dem vergangenen Freitag aus der elterlichen Wohnung verschwunden. Es besteht die Vermutung, daß er sich nach Berlin gewandt hat, um hier in der Masse der Großstadt unterzutauchen. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen liegt dem Mord nicht Raubabsicht zugrunde. Es spielen vielmehr hamolequente Reizungen hinein, und deshalb ist es wahrscheinlich, daß der Verfolgte, wenn er nach Berlin kommt, auch hier Anschluß an diese Kreise finden wird. Rehler ist 1,70 Meter groß und schlank, hat ein längliches Gesicht und langes, hellblondes nach hinten gekämmtes Haar und trägt eine graue Jacke, dunkelblauem Bridgese, braune Wadenstrümpfe und ein gelbes blauegestreiftes Joppehemd. Mithilfe über sein Auftauchen nimmt Kriminalkommissar Ziegler im Zimmer 90a des Polizeipräsidiums, Hausanruf 608 und 609, entgegen.

Die Räuberbande Plettner.

Drei Mitglieder der durch ihre Terrorakte berüchtigt gewordenen Räuberbande Plettner, die bereits zum großen Teil vom Staatsgerichtshof in Leipzig zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden ist, hatten sich jetzt vor dem erweiterten Schöffengericht Charlottenburg zu verantworten. Die Plettner-Bande hatte Anfang dieses Jahres einen Ueberfall auf das Postamt in Stolz in Pommern verübt, wobei es zu einer schweren Schießerei zwischen den Räubern und den Verfolgern kam, in deren Verlauf auch mehrere Personen Schußverletzungen erlitten. Am 30. Januar war ein Raubüberfall auf das Postamt in Pommern verübt worden, hier waren mehrere Männer mit Maschinen verheeren eingebrungen und hatten mit vorgeholtem Revolver von den Beamten einen erheblichen Betrag aus der Postkasse geraubt. Nach langen Ermittlungen gelang es, nachträglich noch den Bergmann Emil Bergemann, den Maurer Paul Grisch und den Klempner Paul Sid festzunehmen, die sich vor dem Schöffengericht wegen gemeinsamen schweren Raubes und räuberischer Erpressung zu verantworten haben. Zur Zeit werden ihnen zwei Raubüberfälle in Berlin gelegt. Am 3. Januar waren mehrere Männer in den Kassenraum der Margarinefabrik Cobu bei Pichelsberge eingebrungen und hatten in derselben Weise wie bei den Postrauben von dem Kassierer eine Summe in Höhe von 10.000 M. erpreßt. Sie hatten dann die Flucht ergriffen und waren entkommen. Ein ähnlicher Raubüberfall wurde bei dem Charlottenburger Wasserwerk verübt. Als Täter für diese beiden Ueberfälle sind die drei genannten Personen nunmehr angeklagt.

Ein Auto verbrannt. Vor dem Ulstein-Hause geriet heute vormittag ein Privatauto aus unbekannter Ursache in Flammen und brannte vollständig aus.

Wievoll hat ein Telefongespräch kosten? Die Inhaber öffentlicher Sprechstellen mit oder ohne Münzernsprecher dürfen für eine Fernsprecherwartung oder für die Führung eines Ortsgesprächs vom Publikum keine höhere Gebühr verlangen als die von der Telegraphenverwaltung für Ortsgespräche allgemein festgesetzt (zurzeit 15 Pf.). In letzter Zeit ist mehrfach hiergegen verstoßen worden. Es liegt im Sinne des Publikums, wenn es die Sprechstelleninhaber, von denen es überverteilt wird, den nächsten Post-, Telegraphen- und Fernsprechkontrollern namhaft macht.

Eine Fortwanderung. Am Donnerstag, den 24. Juli, fand unter Leitung des Oberförsters Rudra, Albrechtshagen, eine Fortwanderung in das Gebiet der Krammen-Lake, das zum Naturparkgebiet erklärt werden soll, statt. Zwischen 5 Uhr nachmittags bis zum dem Gelände der Gesellschaft abstrahieren, von wo um 8.30 Uhr ein Dampfer die Teilnehmer nach dem Restaurant Neu-Deigoland beförderte. Die Wanderung wird ungefähr 2 Stunden dauern, so daß um 8 Uhr mit dem Dampfer die Rückfahrt nach Albrechtshagen ansetzen werden kann. Zweck der Wanderung ist, möglichst große Teile der Bevölkerung, besonders derjenigen, die Sonntag in die Wälder der Vororte wandern, am lebendigen Beispiel auf die brennendsten Fragen des Fortschritts aufzuklären hinzuweisen. Das Abstreichen der Zweige und Blümen, Abbrechen der an Baumstümpfen lebenden jungen Vögel und Wägen hat bereits überhand genommen, das Abbild bringen notwendig ist. Es soll versucht werden, durch Aufklärung dahin zu wirken, und es wäre erwünscht, wenn sich nicht allein große Teile der Bevölkerung, sondern gerade Lehrer und solche Personen, die in öffentlichen Vorlesungen, sich an der Wanderung beteiligen, um in ihren Kreisen zur Rettung des deutschen Waldes ein Bild der Fortwanderung zu leisten. Dampferpreis hin und zurück M. 0,50. Bei reger Beteiligung evtl. Ermäßigung.

Schwere Gewitterschäden in Dresden.

In den gestrigen späten Abendstunden gingen über Dresden und Umgegend schwere Gewitter nieder, die vielerorts großen Schaden angerichtet haben. Mehrfach mußte die Feuerwehr in Anspruch genommen werden, um die in die Keller eingebrungenen Wassermassen zu beseitigen. Teilweise mußte die Straßenbahn ihren Betrieb einstellen, da die niedriger gelegenen Straßen von Schlammfluten bedeckt waren. Die Marienstraße glück einem See, und die fluten strömten dort in den Postraum und Mojoreneller der „Dresdner Nachrichten“, so daß die Maschinen außer Betrieb gesetzt wurden. Auf der Chemnitzer Straße wurde die Hinterwand eines Hauses weggespült, so daß das Haus einzustürzen droht. In den Obst- und Gemüsegärten der Vororte wurde ebenfalls großer Schaden angerichtet. Ob Menschenleben zu Schaden gekommen sind, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Die Temperatur betrug heute früh in der 7. Stunde noch 20 Grad Celsius.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Nach ziemlich kühl und anfangs bewölkt, später etwas Aufhellung; wühlige Winde.
Deutschland: In Ostdeutschland Regenwetter, weiter nach Westen hin allmählich zunehmende Beseitigung des Wetters, Ueberall ziemlich kühl.

Gewerkschaftsbewegung

Der Deutsche Verkehrsband im Jahre 1923.

Das von politischen Erschütterungen und einer großen wirtschaftlichen und sozialen Krise erfüllte Jahr 1923 gab auch der Kurve der gesamten Gewerkschaftsentwicklung eine fallende Richtung. In der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung hat sich bisher immer wieder gezeigt, daß zu Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sinkt. Ein Beweis dafür, daß die Theorie der Kommunisten: „Je miserabler die wirtschaftlichen Verhältnisse, desto laienhafter das Proletariat“, absolut falsch ist.

Mit einem Bestande von 566 274 Mitgliedern trat der Deutsche Verkehrsband im Jahre 1923 ein und ging bis zum Jahresende auf 428 240 Mitglieder zurück. Was sind die Gründe, die zu diesem Verlust von fast einem Viertel der Mitgliedschaft geführt haben?

Da sind zunächst zu nennen die Stilllegung der gesamten Binnenschifffahrt auf dem Rhein und den angrenzenden Wasserstraßen als Folge der Ruhrbesetzung, Einschränkungen und Stilllegungen zahlreicher Straßenbahnbetriebe, Personalabbau bei der Reichspost und anderen staatlichen und kommunalen Verkehrsunternehmen und nicht zuletzt die fürchterliche Massenarbeitslosigkeit, von der Deutschlands Wirtschaft und Arbeiterschaft heimgejagt worden war.

Dazu kam die politische Demagogie der völkischen Reaktion und der kommunistischen Phrasen, die die Verzweiflungssituation breiterer Arbeitermassen zu einem schamlosen Verteilungskampfe gegen die Gewerkschaften ausnützten. Diese Umstände mußte wieder das Unternehmertum aus und ging in der zweiten Hälfte des verflochtenen Jahres mit einer geradezu unerhörten Brutalität gegen die Arbeiter vor. Unter diesem Druck von allen Seiten war es eigentlich vorauszu sehen, daß sich die Spreu vom Weizen sondert und alles, was nicht erprobt und von einer unerklärlichen Ueberzeugungskraft besetzt war, die Reihen der Organisationen verließen würde. Bedenkt man, daß am Jahresende 1913 die Organisation der Transportarbeiter 229 427 Mitglieder zählte und diese Zahl während des Krieges bis auf rund 58 000 herabgedrückt wurde, so kann mit Hug und Recht gelagt werden, daß der Deutsche Verkehrsband trotz aller politischen Wirren und wirtschaftlichen Krisen der Nachkriegszeit sich glänzend behauptet hat.

Die Tätigkeit des Bundes konzentrierte sich in der Hauptsache auf die Erledigung der Streikzahl von 33 419 Lohnbewegungen, die in 693 Orten, 3 Bezirken, 6 Stromgebieten und dem Gebiete der Nord- und Ostsee 645 095 Berufsangehörige umfaßten. Von den 213 Streiks, die geführt werden mußten, wurden in 88 Orten, 3 Bezirken, einem Stromgebiet und dem Gebiete der Nordsee 632 Betriebe mit 74 484 Berufsangehörigen erfaßt. Von den Beteiligten waren 66 840 Mitglieder des Verkehrsbandes. Die Gesamtdauer der Streiks belief sich auf 1736 Tage, so daß im Durchschnitt jeder Streik 8 Tage dauerte. Aussperrungen wurden in 5 Fällen verhängt, die sich auf 101 Betriebe mit 2724 Beteiligter erstreckten. Die Gesamtkosten aller Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen bezifferten sich auf 23 244 708 701 Millionen Mark.

Wenn trotz aller bei den Lohnverhandlungen aufgewandeten Mühe und trotz wiederholter größerer Streiks das Ergebnis der Lohnbewegungen keineswegs befriedigte, so darf aber nicht übersehen werden, daß es dem DVV gelungen ist, wenigstens verhältnismäßig die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Transport- und Verkehrsgewerbe besser zu gestalten, als es in vielen anderen Berufen möglich war. Mehrere Ursachen haben zu diesem Erfolge beigetragen. Erwähnt seien die beiden ausschlaggebendsten. Einmal blieb, trotz aller das Gegenteil erstrebender Anweisungen der Moskauer Spaltungszentrale, die Geschlossenheit der Organisation unerschütterlich. Zum anderen ist infolge des Wachstums des deutschen Transportverkehrs die Beschäftigungsmöglichkeit im Transportgewerbe trotz der Krise besser gewesen als in der Industrie.

Infolge der wahnwichtigen Kullenluft der Papiermarkt, die alle festen Maßstäbe hinwegschwemmte, hat es keinen Zweck, über die Entwicklung der Bundesfinanzen im Jahre 1923 weitere Ausführungen zu machen.

Der Schluß des Jahres 1923 hat die gesamte Arbeiterbewegung in Deutschland in der Defensive gesehen. Vegt gilt es, in kürzester Frist die Schäden wieder zu beseitigen, die die Stürme des Krieges den Arbeitnehmerorganisationen zugefügt haben. Wir müssen wieder heraus aus der defensiven Auerwindel. Unermüdliche Aufklärungs- und Werbearbeit für die gewerkschaftliche Organisation ist die erste Voraussetzung dazu.

Eisenbahner und Reichsbahngesellschaft.

Das Dementi, das wir der Ente der „Roten Fahne“, wonach die Eisenbahnbeamten bei der Ueberleitung in die zu gründende Reichsbahngesellschaft ihren Beamtencharakter verlieren und in großer Zahl entlassen würden, entgegenstellen, hat das kommunistische Blatt in Verlegenheit gebracht. Das Dementi ist nicht „klar“ genug. Es macht die Beamten auf die Gefahr aufmerksam, die darin besteht, daß man ihnen auch fernerhin das Streikrecht absprechen will!

Wir glauben nicht, daß über diesen Punkt in London überhaupt verhandelt worden ist und wir sehen auch gar nicht die Möglichkeit, wie darüber ein internationales Abkommen getroffen werden könnte. Was die Gehalts- und Pensionsrechte betrifft, ist das von der Reichsregierung ausgehende Dementi so klar, daß alle Reduktionen davon nichts ändern kann. Im übrigen bestätigt die

„Rote Fahne“ selbst, daß an ihrer Nachricht kein wahres Wort ist. Sie veröffentlicht Teile des Entwurfs der Reichsbahngesellschaft, in dem kein Wort steht von der Aberkennung der Beamtenrechte.

Eigenartig muß jedoch der folgende Schlüsselpassus der Polemik der „Roten Fahne“ an:

„Einen besonderen Schreckenreich plant das Eisenbahnkomitee gegenüber den von der französischen Regie im Westen entlassenen Eisenbahnern. Man will die Regiebahnen direkt an die neue Private Gesellschaft übergeben, so daß für diese keine Verpflichtung besteht, die Entlassenen zu übernehmen.“

Es handelt sich in Wirklichkeit nicht um Eisenbahner, die von der französischen Regie entlassen wurden, sondern um französische und belgische Eisenbahnbeamte, die Frankreich und Belgien hinüberleiten wollen in den Dienst der Reichsbahngesellschaft, um dort die deutschen Dienststellen und Eisenbahner zu überwachen. Dennoch scheint sich also die „Rote Fahne“ für die poincaristische Pfänderpolitik zu begeistern.

Wie ist der Urlaub zu zahlen?

In einer Klage vor dem Gewerbegericht handelte es sich um die Frage, ob Akkordarbeiter für ihre Urlaubszeit den durchschnittlichen Akkordverdienst zu beanspruchen haben, oder ob sie sich mit dem tariflichen Stundenlohn begnügen müssen.

Die Deutschen orthodoxen Werke, gegen die sich die Klage richtete, hatten im Frühjahr d. J. aber vor dem Urlaubsantritt der Arbeiter, die Akkordarbeit einfügten. Die Klager forderten Bezahlung des durchschnittlichen Akkordverdienstes, während die beklagte Firma nur den Stundenlohn zahlen wollte. Die Firma betief sich darauf, daß der für ihren Betrieb maßgebende Tarif, der auch den Urlaub regelte, seit Januar d. J. abgelaufen und ein neuer Tarif nicht zustande gekommen sei. Der Urlaub sei aber seitens der Firma auch in diesem Jahre gewährt worden, aber als freiwillige, ferner Tarifbestimmung unterworfenen Leistung. Somit sei sowohl die Dauer als auch die Höhe der Bezahlung des Urlaubs in das Belieben der Firma gestellt.

Die Beweiserhebung ergab, daß der Betriebsleiter der Firma der Arbeitervertretung zugesichert hatte, mit dem Urlaub bleibe es in diesem Jahre ebenso, wie es im vorigen Jahre gewesen sei.

Das Gericht kam zu dem Urteil: Diese Zusage des Betriebsleiters begründe den Anspruch der Klager auf die gleiche Urlaubsdauer, die sie im vorigen Jahre hatten. Da über die Bezahlung der Urlaubszeit nichts Besonderes vereinbart sei, so gelte das Uebliche. Ueblich sei aber, daß die Urlaubszeit nach dem durchschnittlichen Verdienst des betreffenden Arbeiters, nicht aber nach einem bestimmten Lohnsatz bezahlt werde. Die Firma wurde aus diesen Gründen verurteilt, die Differenz zwischen Stundenlohn und Akkorddurchschnittsverdienst nachzuzahlen.

Kollage und Kollage.

Sollingen, 22. Juli. (U.) Der Schlichtungsausschuß Bergisches Land hatte am 20. Juni einen Schiedsspruch gefällt, der für die technischen Angestellten der Industrie eine Erhöhung der Gehälter von 7 bis 10 Proz. vorsah. Die Angestelltenorganisationen hatten die verbindlich feiernde Erklärung beantragt, die nun vom Schlichter für Westfalen abgelehnt wurde. Die Begründung bezog sich in erster Linie auf die schlechte Wirtschaftslage, die eine Erhöhung der Produktionskosten unentbehrlich macht. — Ebenso abgelehnt wurde vom Schlichter für Westfalen ein Schiedsspruch, der für die Arbeiter der Sollinger Kartonnagen-, Leder- und Textilindustrie am 3. Juni gefällt wurde. Hier wurde u. a. ausgeführt, daß die Billigkeit der im Schiedsspruch festgelegten Sperrlöhne außer Zweifel stehe, aber die verbindlich feiernde Erklärung müsse abgelehnt werden, weil dem Sinn des Schlichtungsausschusses von gewerkschaftlicher Seite nicht Rechnung getragen worden sei.

Diese Begründung der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung wirkt geradezu aufreizend, wenn man sich erinnert, daß von denselben Schlichter und auch von anderen Schlichtern sowie vom Reichsarbeitsminister Schiedssprüche für verbindlich erklärt wurden, die unter Ausnutzung der Kollage der Arbeiterschaft dieser die härtesten Arbeitsbedingungen auferlegte. Die Kollage der Arbeiterschaft war damals nicht nur kein Grund, die Verbindlichkeitsklärung abzulehnen, wie diesmal unter Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage, im Gegenteil, ohne die Kollage der Arbeiterschaft wäre ein solcher „Schiedsspruch“ gar nicht zustande gekommen. Die Kollage der ausgehungerten, durch den passiven Widerstand und die Inflation widerstandsunfähig gemachten Arbeiterschaft hat den Schlichter für Rheinland und Westfalen nicht gehindert, einen Schiedsspruch zu fällen, der diesen Arbeitern eine Arbeitszeit von 78 Stunden aufhob.

Löhne in Rußland.

Das russische Arbeitskommissariat hat den Mindestlohn für die Arbeiter der staatlichen Werke für den Monat Juli wie folgt festgesetzt: In Gegenden der Rangordnung I (Moskau, Petersburg) 6 Rubel pro Monat, in Gegenden der Rangordnung II, 4,80 Rubel, in Gegenden der Rangordnung III 4,20 Rubel.

Ein Rubel kann ungefähr gleich 2,16 Mark gewechselt werden. Die Löhne gelten für Minderjährige, Frauen usw. Die volle Bedeutung dieser Zahlen wird man freilich erst erkennen können, wenn man bedenkt, daß zurzeit in Moskau ein Kilogramm Schwarzbrot 10 Pf., ein Paar Schuhe aber etwa 60 Mark kosten.

Zur gleichen Zeit wird in den russischen Zeitungen mit großem Pomp dem Volke mitgeteilt, daß die Arbeiter- und Bauernregierung beschlossen hat, „zur Verbilligung der Werke Lenins“ dem Staatsverleger 1,8 Millionen Rubel (das sind 4 Millionen Goldmark!) zu überweisen. Damit kann doch der hungernde russische Arbeiter sich über die Not des Volkes durch Labung an dem Querschnitt der alleinigen-machenden Weisheit hinwegsetzen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind wünschenswert. Bitte an das Sekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

12. Kreis Städt. Volkshaus, Lichterfelde, Donnerstag abend 7 1/2 Uhr: Funktionärversammlung bei Frau Runkel, Eichstraße, Gremiostr. 24.
Jugendgruppen. Gruppe Charlottenburg. Mittwoch 26. Juli: Diskussionsabend im Volkshaus, Köpenickerstr.

Wirtschaft

Zur Ermäßigung der Zuschläge für Steuerrückstände.

Uns wird geschrieben: Der Reichsminister für Finanzen hat durch eine Verordnung vom 15. Juli 1924 den bisher bei nicht rechtzeitiger Steuerentrichtung für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefallenen halben Monat fünf vom Hundert betragenden Zuschlag auf zwei vom Hundert ermäßigt. Die Verordnung ist mit dem 20. Juli in Kraft getreten. Fällt ein halber Monat, für den ein Zuschlag zu entrichten ist, zum Teil noch in die Zeit vor dem genannten Tage, so ist trotzdem der geringere Zuschlag zu entrichten.

Die Verordnung mag in Rücksicht auf die große Geldknappheit, unter der gerade die kleine Geschäftswelt leidet und die erst durch größere Anlankredite gemindert werden wird, ihre innere Berechtigung haben; sie dürfte sich aber dahin auswirken, daß alle größeren Steuerzahler, wenigstens soweit sie mit Krediten arbeiten, die Steuerentrichtung hinausschieben und so der Haushalt im Reich, Staat und Gemeinden gefährden, da sie dabei ja in Anbetracht der weit größeren Reizhinsen ihr Geschäft machen. Sobald sich diese Auswirkung zeigt, wird darauf zu dringen sein, daß der Reichsminister der Finanzen seine Verordnung, die er auf Grund einer ihm im Artikel XVIII der zweiten Steuernovellensatzung erteilten, bedenklich weitgehenden Ermächtigung erlassen hat, einer Nachprüfung unterzieht.

Reichsbank. Der Reichsbankausweis vom Mitte Juli hat eine weitere Entspannung der Banklage gebracht. Die Kapitalanlage ging um 62,1 auf 1976,8 Millionen Goldmark zurück, und zwar liegt das daran, daß die Reichsbank in erhöhtem Maße Rentenmarkwechsel hauptsächlich an die Reichspost weitergeben konnte. Ferner gingen die an Private gewährten Kredite insgesamt um etwa 62 auf 805,8 Millionen Goldmark zurück. Der Umlauf an Zahlungsmitteln verringerte sich zugleich, und zwar der an Banknoten um 43,7 auf 1061,9, der an Rentenscheinen um 74,2 auf 1673 Millionen Goldmark. Der Goldbestand erhöhte sich erneut um 3 Millionen auf 169,4 Millionen Goldmark.

Reichslehrlings-Konferenz. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums tagte in Darmstadt die 7. Reichslehrlings-Konferenz. Vertreter der Reichsregierung und fast aller deutschen Landesregierungen waren anwesend. Zur Beratung standen u. a. die Finanzierung des ländlichen Siedlungswesens, insbesondere der Flüchtlingssiedlungswesens, und die weitere Behandlung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken. Im Anschluß an die Konferenz fand eine Besichtigung von Anliegerfeldern im Odenwald statt.

Neuzeitliche Torfschnit auf der Königsberger Heide. Die wirtschaftliche Lage zwingt zur Ausnutzung aller Rohstoffquellen. Darum wird gerade jetzt der Ausbeute der Torfmoose besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Um der Torfindustrie die hierzu von der Wissenschaft, der Technik und Industrie geschaffenen Mittel möglichst eindrucksvoll vor Augen zu führen, hat die Land- und Forstwirtschaftsausschuss der Königsberger Ostmeffe, die vom 5. bis 9. September stattfinden, eine Sonderausstellung „Neuzeitliche Torfschnit“ veranstaltet. Neben einer systematischen wissenschaftlichen Ausstellung sind den Fabrikanten eigene Verkaufsstände eingeräumt und die Industrien, die sich mit der Förderung, mit der Herstellung moderner Feuerungsanlagen, mit Verkokung, Bricketierung usw. beschäftigen, für die Ausstellung vorbereitet. Besondere Leistungen der Aussteller werden durch Prämierungen ausgezeichnet.

Die Wirtschaftslage im Siegerländer Erzgebiet ist außerordentlich schlecht. Schon seit Monaten werden nur 25 bis 40 Proz. der Arbeiter voll beschäftigt. Die Gruben „Stahlwerk“ und „Wilhelm“ bei Niederbach und die Grube „Gentette“ bei Niederbach sind mit etwa je 300 Arbeitern liegen still; befristete eine große Anzahl von kleineren Gruben. Drohende neue Stilllegungen bedingen einen langsame Abbau der fast allen Betrieben. Mehr als 2 000 Bergleute und mehr als 5 Proz. der Metallarbeiter sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Von den beteiligten Fachkreisen wird, um eine Befriedung des Erzbergbaus zu ermöglichen, die Einführung der Friedenszuschläge gefordert. Der Regierungspräsident hat Hilfe zugesagt, soweit es die beschränkten Mittel erlauben.

Das Spiritusmonopol in Polen. Der polnische Sejm hat das Gesetz über das Spiritusmonopol angenommen, dessen baldmöglichste Einführung die Regierung als eine unerlässliche Ergänzung zu dem neuen Ermächtigungsgesetz zur Stabilisierung des Staatshaushaltes verlangt hat. In erster Linie war dabei das Bestreben entscheidend, die Finanzgrundlage für eine künftige auswärtige Anleihe zu schaffen. Die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol werden auf etwa 320 Millionen Zloty veranschlagt, was etwa 20 Proz. des gesamten Budgets ausmachen würde. Dem Staatsfiskus wird das ausschließliche Recht zum An- und Verkauf des innerhalb der Landesgrenzen verbrauchten Spiritus sowie die Herstellung und der Verkauf von reinem Branntwein vorbehalten. Die Veredelungsindustrie sowie das Erportgeschäft im Rahmen der kontingentierten Gesamtzeugung bleiben dagegen frei. Das Spirituskontingent ist für die nächsten drei Jahre auf 1,5 Millionen Hektoliter festgelegt worden. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1925, die Bestimmungen über die Regulierung der Produktion jedoch bereits in einem Monat nach der Verkündung in Kraft. Nach Anwendung aller bisherigen Konzeptionen wird die Monopolverwaltung eigene Verkaufsstellen errichten.

Wieder russische Ausfuhr nach Deutschland. Trotz der Vertreibung des wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland infolge des deutsch-russischen Zwischenfalls hat der Zentralverband der Kooperativen (Zentrosojus) jetzt wieder den ersten Eiertransport nach Deutschland abgehen lassen.

Besondere wertvoll für: Soldat, Groß-Kamerad, Eintracht, Erlas, Calernus, Gewerkschaftsbewegung, S. Arbeiter, Funktionär, Dr. John, Schömann, Erlas, und Genossen, Walter, Krasen, Angewandte, Th. Müller, Kollisch, in Berlin. Berlog, Hermann-Berlog, G. m. b. H., Berlin. Deutscher, Vermittelungs-Büro, Berlin, und Berlin-Anstalt, Paul, Singer u. Co., Berlin, G. m. b. H., Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angesch. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Wie auf weiteres gebe ich meiner besten Kund- Zigaretten, Zigarren, Tabake schaft aus
bei Barzahlung 2% Rabatt
Alle bekannten Marken wieder am Lager
Zigaretten von 2-30 Pf. pro Stück.
Tabake bedeutend billiger als gewöhnlich.
Arno Geßner, Zigarren-Handlung, Berlin NW, Westfälische Str., am Kottbuscher Platz

Solinger Stahlwaren
Tafelbestecke
in Alpena, Alpena verfertigt und massiv Silber in großer Auswahl, aparte Muster



P. RADDATZ & Co.
Berlin W, Leipziger Str. 127/23.

HOLZKASER
von 500 Mk. an, Schuppen, Hallen, Garagen etc. heter preiswert kurzfristig
Holzhausbau Lüttmann
S 31, Lützowstrasse 31/33, Berlin 122/21

Hermann Wiese, Juweller, Berlin N, Artilleriestr. 30
3 Minuten vom Hof Friedrichstraße, Untergrundbahn, Oranienberg, Tor Berlin W, Passauer Str. 13, Untergrundbahn, Wittenbergplatz
Garantierschein für gesetzlichem Goldhalt
Telegr.-Adr.: Trauringe-Kasse Berlin - Versand nach auswärtig
Fahrgeldvergütung - Preisliste gratis

Strumpfwaren u. Trikotagen
la. Qualitätsware, große Auswahl zu billigsten Preisen, kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kasper-Friedrich-Str. 220 a. d. Weichselstraße.
Vorzug dieser Inserate 5% Rabatt.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet Trauringe
1 Ring Dukaten-Gold von 9,00 Goldmk. an
1 Ring 985 feinstem von 6,00 Goldmk. an
1 Ring 333 gestemp. von 2,90 Goldmk. an
Einfache Ringe 1,80 Goldmark

Del-Mühlen-Einrichtungen
für Hand u. Kraft
Echte Spezialmühle
G. Weber & Co.
Königsberg

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN billig!
in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und